

**Titel** Wir haben nur einen Planeten - UNSERE ökosoziale Wende

**AntragstellerInnen** Landesvorstand

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

geändert angenommen

abgelehnt

---

## Wir haben nur einen Planeten - UNSERE ökosoziale Wende

1 Wenige Themen werden unsere Zukunft so sehr beeinflussen wie der Klimawandel und  
2 all die damit zusammenhängenden Herausforderungen. Mit unserem aktuellen Lebens-  
3 stil verbrauchen wir bis zum 1. August eines Jahres so viel Energie und Rohstoffe, wie in  
4 einem ganzen Jahr erneuert werden könnten. Welche Folgen dieses Verhalten für unser  
5 Leben in dreißig oder vierzig Jahren haben wird, können wir heute nur wage erahnen.  
6 Eines ist dabei aber sicher, der Klimawandel wird uns nicht nur hier in Deutschland be-  
7 treffen, sondern wird Einfluss auf unseren gesamten Planeten haben. Als Jusos ist uns  
8 eines dabei besonders wichtig: eine ökologische Wende hin zu einem klimaneutralen Le-  
9 ben kann es nur geben, wenn wir dabei auch den sozialen Aspekt dieser Entwicklungen  
10 in unser Handeln mit aufnehmen.

11 Unser Ziel als Jusos Baden-Württemberg ist dabei eindeutig: Wir geben unter anderem  
12 Antworten auf die Fragen, wie wir in Zukunft den Ressourcenverbrauch reduzieren, wie  
13 wir zukünftig Energie gewinnen und wie wir dafür sorgen wollen, dass der Klimawan-  
14 del und seine Eindämmung als Projekt mit internationaler Verantwortung und höchster  
15 Priorität gesehen wird. Dieser Weg wird nur von Erfolg gekrönt sein, wenn wir uns dabei  
16 den beiden Dimensionen bewusst sind, die das Projekt "ökosoziale Wende" unweiger-  
17 lich mit sich bringt. Wir hier in Deutschland müssen weiterhin Vorreiter sein. Wir müssen  
18 unseren Lebensstil an die vor uns liegenden Herausforderungen anpassen und dafür  
19 sorgen, dass ein klimaneutrales Leben für alle in diesem Land und nicht nur für die, die  
20 es sich leisten können, möglich sein wird. Gleichzeitig müssen wir mit aller Vehemenz  
21 dafür eintreten, dass die internationale Gemeinschaft nicht nur über den Klimawandel  
22 und seine globalen Folgen diskutiert, sondern dass diesen Diskussionen auch endlich  
23 Taten folgen.

24 Unser Leben und das der nach uns kommenden Generationen wird sich durch die Fol-  
25 gen des Klimawandels und den resultierenden Veränderungen in unserem Zusammen-  
26 leben am meisten verändern. Wir als Jusos Baden-Württemberg sind bereit die notwen-  
27 digen Schritte zu gehen und die Fehler der Vergangenheit gerade zu rücken. Packen wir  
28 es gemeinsam an!

**29 Unsere Vision für die Energieversorgung: Erneuerbar, dezentral, europäisch**

30 Energiebedingte Emissionen machen laut Umweltbundesamt etwa 85 Prozent der deut-  
31 schen Treibhausgas-Emissionen aus. Damit das Ziel einer carbonfreien Wirtschaft er-  
32 reicht werden kann, muss die seit dem zweiten Atomausstieg von 2011 eingeschlafene  
33 Energiewende endlich Fahrt aufnehmen. Unser Ziel ist eine nachhaltige, dezentrale En-  
34 ergieversorgung die bis zum Jahr 2035 komplett auf fossile Energieträger verzichtet.

**35 Kohleausstieg ambitioniert angehen**

36 Kohlekraft ist ein Energieträger des 19. Jahrhunderts und hat schon seit Jahrzehnten  
37 keine Zukunft mehr. Dass wir ungebrochen an ihr festhalten und nicht bereit sind mutig  
38 neue Wege zu gehen, ist ein Fehler - auch der Sozialdemokratie. Wir fordern, dass im  
39 Laufe der 2020er der zügige, schrittweise Ausstieg aus der Kohlekraft erfolgen und bis  
40 spätestens Mitte der 2030er abgeschlossen sein.

41 Wir fordern ein ambitioniertes Umschulungs- und Weiterbildungsprogramm für Men-  
42 schen, die im Kohlebergbau sowie in Kohlekraftwerken arbeiten. Der Strukturwandel  
43 vor Ort muss mit Hilfe von Mitteln aus dem Bundeshaushalt sowie des Europäischen  
44 Struktur- und Investitionsfonds forciert werden, um individuelle Wirtschaftskreisläufe  
45 aufzubauen und nachhaltige Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

46 Den Braunkohleabbau in Deutschland wollen wir bis 2030 sozialverträglich beenden.  
47 Das Ausheben neuer Fördergruben wollen wir bereits ab 2020 untersagen.

**48 Öl und Gas - Notwendige Brückentechnologien**

49 Wir erkennen die Notwendigkeit Öl und Gas als Brückentechnologien bis zur Decarboni-  
50 sierung der Energieversorgung einzusetzen an. Vor allem Gas vereint eine Vielzahl von  
51 Vorteilen auf sich.

52 Hauptproblem bei der Energiegewinnung mit Gas ist die Sicherstellung der Versorgung.  
53 Für die Gewinnung von Gas hier bei uns in Deutschland wird konventionelles Fracking  
54 aus Sandgestein schon seit vielen Jahren angewendet und ist erprobt. Wir sind über-  
55 zeugt: Sicherheit muss beim Fracking an erster Stelle stehen und es gehört in sensiblen  
56 Gebieten verboten. Den Einsatz von sogenanntem unkonventionellem Fracking für das  
57 in Deutschland noch keine Erfahrungswerte vorliegen, lehnen wir entschieden ab.

**58 Erneuerbare Energien fördern und fordern**

59 Die Zukunft der Energieversorgung ist klar: Wir müssen die Stromerzeugung mit einem  
60 Mix aus regenerativen Energiequellen, wie Wind- und Wasserkraft, Biomasse, Sonnen-  
61 und Erdwärme, dezentralisieren.

62 Ein zentraler Erfolgsfaktor für die Energiewende in Deutschland ist das starke Engage-  
63 ment von Bürgerinnen und Bürgern. Wir wollen das EEG reformieren und so Bürgeren-  
64 ergieprojekte und Genossenschaften wieder stärker animieren in erneuerbare Energien  
65 zu investieren.

66 Mehrere Tausend Windräder in Deutschland werden im nächsten Jahrzehnt vermutlich  
67 abgebaut, weil ihre staatliche Förderung ausläuft. Wir fordern eine nationale Förderstrat-  
68 tegie um sicherzustellen, dass diese wichtigen Windkraftanlagen nicht wegen mangeln-  
69 der Rentabilität zugunsten von fossilen Energieträgern vom Netz genommen werden.

70 Auch der Ausbau der erneuerbaren Energien ist mit Eingriffen in die Natur verbunden.  
71 Es gilt bei Streitfällen um die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort konstruktive Lö-  
72 sungen zur Umwelt- und Naturverträglichkeit zu finden.

73 *Kernenergie - Spaltung nein, Fusion weiter erforschen*

74 Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum Atomausstieg und halten die Atomkraft für ei-  
75 nen Energieträger ohne Zukunft, der ganze Landstriche weiterhin gefährdet. Wir for-  
76 dern, dass die deutsche Bundesregierung sich entschieden auch für einen europäischen  
77 Atomausstieg einsetzt.

78 Von der EU gefördert entsteht aktuell im französischen Cadarache der ITER-  
79 Kernfusionsreaktor, der saubere, emissionsfreie Energiegewinnung verspricht. Schon  
80 ab 2025 soll dort praktische Kernfusion stattfinden, der Nachfolgereaktor soll an Strom-  
81 netze angeschlossen werden können. In den USA, China und anderen Ländern wird  
82 ebenfalls an Fusionstechnologie geforscht. Wir fordern, dass die EU ihre Bemühungen  
83 Kernfusion zu etablieren intensiviert, um sie spätestens für die zweite Hälfte des Jahr-  
84 hunderts nutzbar zu machen.

85 *Energieversorgung europäisch denken*

86 An vielen Ecken und Enden merken wir: eine nachhaltige Energieversorgung ist vor  
87 allem eingebettet in eine europäische Energiewende zu realisieren. Wir fordern die  
88 Einrichtung eines europäischen Supergrids also eines europaweiten Weitverkehrs-  
89 Höchstspannungsnetzes, das den Austausch von fluktuierenden erneuerbaren Ener-  
90 gien über weite Entfernungen ermöglicht und so die regionale, wetterbedingt unter-  
91 schiedliche Erzeugung von regenerativem Strom ausgleicht.

92 Die Bundesrepublik soll sich zudem dafür einsetzen, auch auf europäischer Ebene An-  
93 reizsysteme für den Umstieg auf erneuerbare Stromversorgung zu schaffen und ge-  
94 meinsame Pläne für einen europäischen Atom- und Kohleausstieg zu schaffen.

95 *CO2 braucht einen Preis*

96 Wir fordern die Einführung einer CO2-Steuer, die die Hersteller und Anbieter von Waren  
97 und Dienstleistungen dazu verpflichtet einen festen Preis pro ausgestoßener Tonne CO2  
98 zu bezahlen. Die Empfehlung des Umweltbundesamtes von 180€ pro Tonne CO2 halten

99 wir für angemessen. Sichergestellt werden muss, dass die Abgaben auf Kohlendioxid  
100 Menschen aus finanziell schwierigen Verhältnissen nicht benachteiligt.

101 Der EU-Emissionshandel muss dringend reformiert werden. Die Emissions-Zertifikate  
102 müssen weiter verknapppt werden, um dem Preisverfall der Zertifikate entgegenzuwir-  
103 ken. Wir fordern zudem, dass spätestens ab 2030 keine neuen CO2-Zertifikate mehr  
104 ausgegeben werden dürfen.

### 105 **Von A nach B - Zukunft der Mobilität**

106 Mobilität wird in einer globalisierten Welt immer wichtiger und spielt für viele Menschen  
107 inzwischen auch politisch eine entscheidende Rolle. Sie gehört zu Grundversorgung und  
108 Daseinsvorsorge und bleibt damit auch eine öffentliche Aufgabe. Wir setzen auf moder-  
109 ne Verkehrssysteme und einen nachhaltigen Ansatz im Bereich der Mobilitätspolitik. Für  
110 mehr Nachhaltigkeit sehen wir die Politik insbesondere in den folgenden Kernbereichen  
111 in der Pflicht:

#### 112 *Bus und Bahn zukunftsfest machen*

113 Unpünktlich und teuer - das denken die meisten Menschen über die Bahn. Und das muss  
114 sich dringend ändern. Die Zuverlässigkeit und Günstigkeit von Reisen per Bahn bezie-  
115 hungsweise dem ÖPNV ist für uns einer der wichtigsten Schritte zu nachhaltiger Mobi-  
116 lität. Ein höherer Takt ist gerade in den Abendstunden ebenso wichtig wie günstigere  
117 Ticketpreise und die Sauberkeit von Bussen und Zügen. Wir fordern zudem europäisch  
118 die flächendeckende Rückkehr zum Nachtzugverkehr um auch hier eine Alternative zum  
119 Fliegen anzubieten.

120 Wir setzen uns insbesondere für mehr Mobilität in den ländlichen Gemeinden ein.  
121 Buslinien wollen wir wenn möglich erhalten. Wo eine höhere Taktrate finanziell un-  
122 verantwortlich wäre, soll über innovative Formen der Mobilität nachgedacht werden  
123 - beispielsweise mit Bürgerbussen, Anrufsammeltaxen sowie Mitnahmebänken und -  
124 stationen.

#### 125 *Motorisierte Individualverkehr nachhaltig gestalten:*

126 Der motorisierte Individualverkehr soll auf ein Mindestmaß reduziert werden, ohne da-  
127 bei den moralischen Zeigefinger zu erheben, das Leben Einzelner einzuschränken und  
128 diese für ihre individuelle Situation zu bestrafen. Wir fordern den massiven Ausbau der  
129 Ladeinfrastruktur für Elektroautos und wollen prüfen, inwieweit ein ausreichendes und  
130 universelles Ladenetz in staatliche Hände gehört. Des Weiteren braucht es vermehrte  
131 Investitionen in Technologien der Energiespeicherung, wie Wasserstoffantriebe, sowie  
132 dem autonomen Fahren. Hierfür wird der 5G-Mobilfunkstandard in Deutschland benö-  
133 tigt, welchen wir flächendeckend bis 2025 etablieren wollen. Baden-Württemberg muss  
134 wieder zum Vorreiter innerhalb der Automobilindustrie werden und darf die notwendi-  
135 gen Schritte keinesfalls verschlafen. Die Anfertigung von Ladebatterien und die Arbeit

136 mit künstlicher Intelligenz sehen wir hierbei als Schlüsselindustrien für unser Bundes-  
137 land an.

138 Weitere Fahrverbote wollen wir möglichst vermeiden, da VerbraucherInnen in diesem  
139 Zusammenhang als die Leidtragenden von verfehlten technologischen Zielen und einer  
140 mangelhaften politischen Regulierung in den letzten Jahrzehnten abgestempelt werden.  
141 Fahrverbote sind also in erster Linie weder sozial, noch verbraucherfreundlich. Es führt  
142 jedoch nichts um die Einhaltung von Stickoxid-Grenzwerten herum. Alle Möglichkeiten  
143 sollen genutzt werden, um Anreize für weniger Autos in den Innenstädten zu setzen -  
144 vom sicheren Fahrradverkehr bis hin zum kostenlosen ÖPNV.

#### 145 *Fahrradverkehr als essentiellen Teil der Lösung verstehen*

146 Eine weitere Möglichkeit, emissionsarmen Verkehr zu fördern ist eine anreizbasierte  
147 Verkehrspolitik im Sinne von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern. Dabei gilt: Rad-  
148 verkehrsplanung ist Angebotsplanung und keine Bedarfsplanung. Erst wenn eine aus-  
149 reichende und sichere Radverkehrsinfrastruktur vorhanden ist, ist auch ein Anreiz vor-  
150 handen diese verstärkt zu nutzen. Das Fahrrad muss eine „echte“ Alternative zu ande-  
151 ren Verkehrsmitteln darstellen, um einen Wandel im Mobilitätsverhalten hervorzuru-  
152 fen. Radverkehrswege müssen weiter ausgebaut und vor allem gesichert werden. Die  
153 Radverkehrsförderung darf nicht mit dem Bau eines Radweges aufhören. Nachhaltige  
154 Förderung setzt sich aus mehreren Handlungsfeldern zusammen. Unter anderem steht  
155 eine offensive Öffentlichkeitsarbeit ebenso im Mittelpunkt wie die große Bedeutung ei-  
156 ner Mobilitätspolitik, die Multimodalität fördert. Das heißt, dass auf einem Weg meh-  
157 rere Verkehrsmittel zum Einsatz kommen können. Damit dies möglich ist, sollen mehr  
158 Verknüpfungspunkte zwischen Radverkehr und ÖPNV entstehen. Wir wollen, dass zu-  
159 nehmend daraufhin gewirkt wird, dass die Mitnahme von Fahrrädern kostengünstiger  
160 gestaltet und auf den meisten Strecken ermöglicht wird. Abstellmöglichkeiten, Service-  
161 stationen und eine insgesamt gut ausgebaute Infrastruktur kostet Geld. Viel Geld. Wir  
162 stellen daher fest, dass die Mittel des Bundes und der Länder für eine flächendeckend  
163 umfassende und gute Infrastruktur zur Angebotsplanung nicht ausreichend sind und  
164 hier dringend mit deutlich erhöhten Fördertöpfen nachgebessert werden muss!

#### 165 *Flüge als Kernproblem anerkennen*

166 Flugzeuge stoßen unverhältnismäßig viel CO<sub>2</sub> und Treibhausgase aus. Gerade Billig-  
167 Flieger gelten als massives Problem für den ökologischen Fußabdruck der Bundesrepu-  
168 blik. Das Gleiche gilt für inländische Flüge. Wir sind uns sicher: Hier herrscht enormes  
169 Einsparungspotenzial. Daher fordern wir eine Kerosinsteuer und treten dafür ein, dass  
170 Inlandsflüge aufgrund einer guten Verkehrsinfrastruktur die Ausnahme bleiben. Mittel-  
171 fristig wollen wir Inlandsflüge in Deutschland ganz vermeiden.

#### 172 **Was weg is, is weg! - Ressourcenmanagement**

173 Der schonende Umgang mit unseren Ressourcen ist eine Herausforderung für uns alle.  
174 Wir fordern, dass ein bewusster Umgang mit Ressourcen bereits im Grundschulalter in  
175 die Bildungspläne integriert wird, um junge Menschen so von klein auf eine ökologische  
176 Lebensweise nahezubringen.

177 Wir fordern die Einführung einer Subvention für energetische Sanierungen von Altbau-  
178 ten sowie den Neubau von Passiv- und Niedrigenergiehäusern. Unser Ziel muss es sein  
179 bis 2045 Passivland zu sein und für das Heizen unserer Wohnungen keinen Strom mehr  
180 zu verbrauchen. Um sicherzugehen, dass die Niedrigenergie- und Passivnormen auch  
181 eingehalten werden fordern wir die Einrichtungen von Prüfstellen bei den Ländern.

## 182 **Öko wer's sich leisten kann? – Gesunde Umwelt für alle**

183 Wir wollen eine gesunde und nachhaltige Umwelt für alle Menschen! Nachhaltigkeit darf  
184 nicht auf dem Rücken sozial Schwacher aufgebaut sein. Als Jusos setzen wir uns für ei-  
185 ne bedarfsabhängige Subventionierung von nachhaltigen Produkten ein - von Bioeiern  
186 bis zur Fassadendämmung. Wir wollen sozial gestaffelte Mikrokredite für Bedürftige,  
187 welche den Ersatz stromaufwendiger Haushaltsgeräte zugunsten höherer Energieeffi-  
188 zenzklassen auch für geringe Einkommen möglich macht. Nach diesem Prinzip kann ein  
189 sozial verträglicher Klimaschutz gewährleistet werden.

190

## 191 **Weg mit Plastik - wo immer es geht**

192 Um die Umwelt zu beschützen ist es uns ein Anliegen generell bewusster auf Plastikmüll  
193 zu verzichten bzw. zu versuchen, die Nutzung von Plastik zu reduzieren. Wir fordern  
194 ein Verbot der Ausgabe von Plastiktüten, eine Erzeugungs- und Verbrauchssteuer auf  
195 Plastik und plastikhaltige Produkte, die entweder bei Herstellung oder Einfuhr fällig wird.  
196 Die Erträge aus dieser Steuer sollen in Klimaschutzmaßnahmen fließen.

197 Supermärkte sollen komplett verpackungsfrei werden. Bis 2030 sollen in Deutschland  
198 75 Prozent von Obst und Gemüse, 75 Prozent der Backwaren und 70 Prozent der Tro-  
199 ckenprodukte (z.B. Reis, Mehl oder Teigwaren) verpackungsfrei angeboten werden. Bis  
200 2035 sollen 20 Prozent des Gesamtwarenbestands plastikfrei sein. Wir wollen wieder  
201 zurück zu einem Modell in dem Kunden Lebensmitteln selbstständig abfüllen.

202 *Nachhaltigkeit auch in der SPD und bei den Jusos*

203 Wir wollen, dass die eigene Partei ein Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit wird. Auf die Ver-  
204 wendung von Einwegplastikprodukten wollen wir auf unseren Veranstaltungen künftig  
205 möglichst verzichten. Wo immer der Landesverband Lebensmittel anbietet, werden wir  
206 vorrangig vegetarisches Essen anbieten. Antragsbücher werden wir künftig nur noch auf  
207 Nachfrage gedruckt zur Verfügung stellen.

## 208 **Mehr ist mehr: Massentierhaltung und Alternativen**

209 Hunderte Anlagen mit hunderttausenden Tieren, das ist in Deutschland Standard ge-  
210 worden. Die industrielle Massentierhaltung verdrängt die bäuerliche Landwirtschaft  
211 und das spüren nicht nur die LandwirtInnen. Wir fordern artgerechte Haltung für alle  
212 Nutztiere. Dies gilt sowohl für die in heimischer Zucht als auch für die Einfuhr von Fleisch  
213 und Fleischprodukten. Eine natürliche Fruchtfolge sowie der Verzicht auf aggressive  
214 Herbizide sind für uns alternativlos. Die daraus resultierenden Klimaschäden führen  
215 zu immer mehr Dürren, für die die Gesellschaft aufkommen muss um LandwirtInnen  
216 vor dem Ruin zu retten. Dabei ist die Leistung von LandwirtInnen nicht zu unterschätzen.  
217 Die bewirtschafteten Äcker sind längst nicht mehr nur Nutzfläche, sondern erhaltens-  
218 wertiges Kulturgut geworden. Daher sprechen wir uns für eine Entlohnung, auch durch  
219 Subventionen, aber ebenso Preise, für Milchbauern aus, die ihre Leistung würdigen.

220 Die europäische Agrarförderung wollen wir reformieren. Dabei ist eine Kürzung nicht  
221 entscheidend, vielmehr wollen wir eine feste Bindung an vorrangig ökologische Krite-  
222 rien, statt an Größe und Fläche der Betriebe. Im Mittelpunkt sollen neben dem Erhalt  
223 der europäischen Landwirtschaft auch der Tier- und Umweltschutz stehen. Wir wollen  
224 die Düngeverordnung weiter verschärfen und so Belastungen des Grundwassers ent-  
225 gegenwirken. Wir wollen einen Grenzwert von 50 kg Stickstoff pro ha künftig nicht mehr  
226 überschreiten.

### 227 **Die globale Klimakrise**

228 Der Klimawandel ist die globale politische Herausforderung. Auch wir spüren hier vor  
229 Ort die Auswirkungen der Klimakrise, allerdings sind Artensterben sowie die Verschmut-  
230 zung der Weltmeere weltweite Phänomene. Hinzu kommt, dass die Länder, die am  
231 schlimmsten vom Klimawandel betroffen sein werden nicht in unserer unmittelbaren  
232 Nachbarschaft liegen. Und dennoch werden wir hier vor Ort die Auswirkungen dieser  
233 Veränderungen am spüren. Um dem entgegen zu treten bekennen wir uns uneinge-  
234 schränkt zum 1,5-Grad-Ziel und einer raschen, entschlossenen Umsetzung des Pariser  
235 Klimaabkommens.

### 236 **Klimapolitik geht nur international**

237 Für uns ist klar, dass ein erfolgreicher Kampf gegen den Klimawandel nur international  
238 gelingen kann. Die Bundesrepublik muss sowohl allein als auch im Rahmen der EU ei-  
239 ne Führungsrolle einnehmen um unsere Ziele zu erreichen. Wir begrüßen daher, dass  
240 Heiko Maaß die Amtsperiode des deutschen nichtständigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat  
241 nutzen möchte um dort den Klimawandel auf die globale Agenda zu setzen. Für uns ist  
242 klar: Auch künftig im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU  
243 müssen die ständigen und nicht-ständigen europäischen Sicherheitsratsmitglieder dies  
244 auch künftig fortführen.

245 Seit 1992 finden jährlich die Klimakonferenzen (COP) der Vereinten Nationen statt. Sie  
246 sind das zentrale Forum auf dem Entscheidungen zur Rettung unseres Planeten getrof-  
247 fen werden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Bemühungen intensiviert dort

248 für Verbindlichkeit und ambitionierte Ziele zu kämpfen. Wir erwarten, dass die COP künf-  
249 tig Chefsache wird und die Bundesrepublik durch den/die BundeskanzlerIn vertreten  
250 sein muss. Ziel deutscher internationaler Klimapolitik muss es sein sowohl ein Sankti-  
251 onssystem zu etablieren als auch noch stärker als bisher globale Anreizsysteme für eine  
252 globale ökosoziale Wende zu schaffen. Hierzu bedarf es einer Reform des globalen Sys-  
253 tems der Klimafinanzierung: Wir wollen statt dutzender kleiner Fonds, über die schnell  
254 der Überblick verloren wird, Ressourcen bündeln und Bewerbungsverfahren vereinfach-  
255 en. Der Green Climate Fund soll zu einem globalen Klimaschutzfond ausgebaut und  
256 finanziell massiv aufgestockt werden.

257 Wir wissen: ambitionierte Klimapolitik wird es ohne junge Menschen nicht geben. Wir  
258 begrüßen daher, dass System der Jugenddelegierten, die unserer Generation auf der  
259 internationalen Bühne eine Stimme geben. Wir fordern insbesondere in den Mitglieds-  
260 ländern der EU, die noch keine Jugenddelegierten entsenden, dies zu ändern und wollen  
261 zudem europäische Jugenddelegierte etablieren. Die European Youth Delegates (EYDs)  
262 wollen wir künftig über den Jugenddialog und die EU-Jugendkonferenzen hinaus in eu-  
263 ropäischer Politik involvieren.

#### 264 **Klimawandel: Eine Bedrohung für den Frieden**

265 Der Klimawandel wird im 21. Jahrhundert zu der Bedrohung für Frieden in der Welt wer-  
266 den. Internationale Sicherheitspolitik muss bereits jetzt präventive Konzepte entwickeln,  
267 damit Kriege nicht auch zu einer der Folgen des Klimawandels werden.

268 Klimakriegen muss die internationale Gemeinschaft einen Riegel vorschieben bevor sie  
269 entstehen. Mit Sorge beobachten wir die Entwicklungen in der Arktis und im Nordpolar-  
270 meer, wo sich Russland und die USA gegenüberstehen und um durch das schmelzende  
271 Packeis freigelegte Handelsrouten und Ressourcen wetteifern. Wir lehnen eine Militari-  
272 sierung der Arktis strikt ab und fordern wo immer möglich kooperative Lösungen, die  
273 allen Arktisanrainern zugute kommen. Wir fordern, dass die Bundesrepublik mit ihren  
274 europäischen Partnern ihren Einfluss im Arktischen Rat nutzt um diesen Konfliktherd in  
275 den Blick zu nehmen bevor er eskaliert.

276 Aber auch andernorts kann der Klimawandel Konflikte verursachen oder anheizen, ge-  
277 rade durch entstehende Ressourcenknappheit, wie beispielsweise Wasser. Wir fordern  
278 eine europäische strategische Klimadiplomatie, die in solchen Fällen präventiv auftritt  
279 und Kooperationsmodelle fördert.

280 Dort wo der Klimawandel den Lebensraum von Mensch und Tier vernichtet, beispiels-  
281 weise durch Inselsterben oder Desertifikation, wird es zu Klimaflucht und -migration  
282 kommen. Diese Menschen werden bislang kaum wahrgenommen und genießen nur  
283 einen schwachen völkerrechtlichen Schutz, da sie nicht unter die Genfer Flüchtlingskon-  
284 vention fallen. Wir fordern ein globales Klimafluchtabkommen, das Menschen, die vor  
285 dem Klimawandel fliehen einen klaren rechtlichen Status gibt sowie ihre soziale Situati-  
286 on regelt, wenn eine Rückkehr in ihre Heimat nicht möglich ist.



**287 Klimaadaption**

288 Für uns ist klar: damit die Auswirkungen des Klimawandels eingedämmt werden kön-  
289 nen, braucht es ebenfalls ein breites Portfolio an Klimaanpassungsmaßnahmen. Prä-  
290 vention und Adaption sind zwei Seiten der klimapolitische Medaille und dürfen nicht  
291 gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern die Mittel für Klimaanpassungsmaß-  
292 nahmen sowohl auf internationaler Ebene als auch im Rahmen der deutschen Entwick-  
293 lungszusammenarbeit weiter zu erhöhen. Die lokalen, nationalen und die europäische  
294 Klimaanpassungsstrategie müssen konsequent auf dem aktuellen Stand bleiben.

**295 Artensterben**

296 Der Verlust an Biodiversität gehört mit zu den gefährlichsten Folgen des Klimawandels  
297 und zugleich zu den meist unterschätzten. Die Folge: Es drohen unvorhersehbare Ket-  
298 tenreaktionen entlang von Nahrungsketten, die weitere immense Auswirkungen auf  
299 Mensch und Natur haben. Klar ist, dass der Kampf gegen das sogenannte Artenster-  
300 ben einen deutlich höheren Stellenwert bekommen muss als bisher, um die Vielzahl  
301 der Facetten der Problematik in den Griff zu bekommen.

**302 Verschmutzung und Überfischung der Weltmeere**

303 Überdüngung in der Ostsee, Korallensterben in Australien, Überfischung im Mittelmeer  
304 und vor den Küsten Afrikas - wir plündern weltweit unsere Ozeane. Staatengroße Müll-  
305 teppiche sind auf unseren Weltmeeren inzwischen genauso bekannt wie Tiere, die buch-  
306 stäblich als Öklumpen angespült werden und vor unseren Augen verenden.

307 Pestizide, Herbizide, Kunstdünger, Reinigungsmittel, Abwasser und Öl machen unsere  
308 Ozeane zur Sondermülldeponie. Aber auch Unmengen an Plastikteilchen und anderen  
309 Festkörpern belasten die Umwelt. Pro Stunde landen schätzungsweise rund 675 Tonnen  
310 Müll im Meer, die Hälfte davon ist Plastik. So kommen auf einen Kilometer Meeresfläche  
311 inzwischen bereits 18000 Plastikteile, die zur Herausforderung für Mensch und Umwelt  
312 werden. Wir unterstützen private Projekte wie Ocean Clean up, sind uns aber bewusst,  
313 dass die internationale Gemeinschaft hier nicht wegschauen darf und es mehr als Ab-  
314 sichtsbeleidigungen braucht, um die Verschmutzung der Ozeane in den Griff zu bekom-  
315 men. Der Fokus muss dabei auf der Vermeidung von Müll und insbesondere Einweg-  
316 plastik liegen, denn auch nicht zu beseitigendes Mikroplastik muss verhindert werden.  
317 Wir setzen uns daher für stärkere Regulierungen im Bereich des Wegwerfmanagements  
318 und eine Ausweitung von Plastikverboten auf internationaler Ebene ein.

319 Auch die Überfischung allerorts wird immer mehr zur Herausforderung. Allein in der Eu-  
320 ropäischen Union gelten 75 Prozent der Fischbestände als überfischt. Dem Status Quo  
321 folgend würde das globale Geschäft mit Fisch bis 2050 zusammenbrechen. Klar ist da-  
322 her: Es dürfen nur so viele Fische einer Population entnommen werden, dass diese sich  
323 durch natürliche Vermehrung oder Zuwanderung problemlos erholen kann. Wir Jusos  
324 stehen für eine Schubumkehr innerhalb der politischen Handlungsspielräume, um der

325 seit Jahrzehnten anhaltende Überfischung mit substanziellen Reformen mehr als hohle  
326 Phrasen entgegensetzen. Die EU-Fischereipolitik muss strikte Fangquoten etablieren,  
327 deren Einhaltung sukzessive regulieren, Verstöße rigoros sanktionieren und auf eine  
328 Erholung der Bestände durch nachhaltige Aquakulturen in dafür geeigneten Gebieten.  
329 Rein gewinnorientierte Aquakulturen zum Schaden der natürlichen Lebensbedingun-  
330 gen lehnen wir ab. Auch die akustische Verschmutzung erkennen wir als Problem für  
331 alle Meeresbewohner an und suchen nach Lösungen, um dieser Einhalt zu gebieten.

332 Die Erwärmung und Versauerung der Ozeane entwickelt sich ebenfalls zu einem Teu-  
333 felskreis für unser Klima und damit auch für unsere Umwelt. Die Erwärmung der Meere  
334 hat die Verschärfung tropischer Stürme bereits heute zur Folge. Veränderte Meeresströ-  
335 mungen wie der Golfstrom haben das Potenzial, unser Klima vollkommen auf den Kopf  
336 zu stellen. Und: Die CO<sub>2</sub>-lösenden Meere entwickeln immer mehr Kohlensäure, dass  
337 die Kalkbildung von Lebewesen und weiterhin den Fortbestand von Korallen, Austern,  
338 Shrimps oder Plankton hemmt - die Basis der ozeanischen Nahrungsketten. Zusätzlich  
339 werden die Kapazitäten des Meeres als CO<sub>2</sub>-Speicher dauerhaft sinken, was mehr CO<sub>2</sub>  
340 in der Atmosphäre zur Folge hat und damit eine weitere Erwärmung des Weltklimas. Die  
341 Antwort darauf kann nur sein: Die Einhaltung der Pariser Klimaziele auf internationaler  
342 Ebene, die Netto-Null bis 2035 und weitere supranationale Bemühungen zur Einschrän-  
343 kungen des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

#### 344 *Insekten- und Bienensterben*

345 Allein in Deutschland sind seit 1989 zwei Drittel der fliegenden Insekten verschwunden.  
346 Ähnliche Entwicklungen finden wir international vor. Dies hat auch Auswirkungen auf  
347 andere Arten. Weiter stellen wir fest: Das Insektensterben bedroht unsere Lebensgrund-  
348 lage. Da Insekten als Lebensraum unberührte Blühflächen brauchen, wollen wir künf-  
349 tig Anreize schaffen, in heimischen Gärten Biotope entstehen zu lassen. Kommunale,  
350 Landes- und Bundesflächen sollen künftig mindestens zu 25% aus wildblühenden Grä-  
351 sern bestehen. Den Einsatz von Glyphosat auf europäischer Ebene lehnen wir weiterhin  
352 entschieden ab.

#### 353 *Hemmungslose Wilderei*

354 In Afrika, Asien, Australien und Südamerika ist Wilderei ein immer noch viel zu gro-  
355 ßes Problem. Durch den lukrativen Schwarzmarkt entstehen weiterhin falsche Anreize,  
356 nationale und internationale Regeln zu umgehen und hemmungslos zu jagen und zu  
357 schmuggeln. Forderungen nach totaler Überwachung der Tiere und nach immer bes-  
358 serer Ausrüstung von Bodenpersonal schätzen wir als unrealistisch ein und nicht ziel-  
359 führend ein. Vielmehr wollen wir das Problem an der Wurzel packen: Es braucht hohe  
360 Strafen und konsequente Handelsverbote zwischen Staaten. Internationale Abkommen  
361 sind unbedingt vonnöten. Über den Vorschlag, die internationalen Märkte durch imi-  
362 tierendes Material zu überfluten und damit die Lukrativität der Waren zu senken, wol-  
363 len wir prüfen. Des Weiteren benennen wir internationale Schmuggler-Netzwerke als

364 Hauptakteure statt klassischer Kartellchefs (kingpins). Zur Stellung dieser brauchen wir  
365 fachspezifisches, juristisches Personal und einen erhöhten Informationsaustausch zwi-  
366 schen Staaten. Die Schaffung und Stärkung geeigneter UN-Behörden und damit eigener  
367 sind signifikant, um gegen internationale Schmuggler-Netzwerke vorzugehen. Durch die  
368 flächendeckende Kollaboration von Staaten können alle Wilderei-Hotspots auf interna-  
369 tionaler Ebene technologisch und statistisch identifiziert und gegen diese vorgegangen  
370 werden.

### 371 *Raubbau an Regenwäldern*

372 Die Abholzung der wertvollsten Waldflächen unseres Planeten, der damit verbunde-  
373 ne Verlust der mit größten Artenvielfalt der Erde und der massive Abbau von wichti-  
374 gen Kohlendioxid-Speichern sind viel zu oft Folge kapitalistischer Interessen und von  
375 Machtmissbrauch. Als Jusos stehen wir für ein Importverbot seltener Hölzer und Wa-  
376 ren, die auf dem Boden von Regenwaldgebieten produziert wurden. Monokulturen oder  
377 Palmöl-Bepflanzung wollen wir insbesondere in den Blick nehmen. Ausnahmeregelun-  
378 gen müssen möglich sein, eine Wiederaufforstung an anderer Stelle ist beispielsweise  
379 wünschenswert. Des Weiteren steht Greenwashing immer wieder auf der Tagesordnung  
380 großer Konzerne. Wir fordern, dass jene Firmen, die Greenwashing betreiben und damit  
381 die Wahrheit mehr als überstrapazieren, Sanktionen auferlegt bekommen. Wo Green-  
382 washing zu Werbezwecken eingesetzt wird, gehört es verboten und soll als Täuschung  
383 geahndet werden.

### 384 **Nachhaltiger und fairer Handel**

385 Mehr als durch jede andere Maßnahmen können wir mit Hilfe unseres Handels und  
386 Konsums dem Raubbau entgegenwirken. Auch den KonsumentInnen muss es erleich-  
387 tert werden, ihre Macht als NachfragerInnen zu nutzen. Wir fordern daher ein europäi-  
388 sches Siegelsystem, das Produkte als fair und nachhaltig gehandelt kennzeichnet und  
389 rechtlich schützt. Diese Transparenz hilft VerbraucherInnen dabei sich beim Konsum zu  
390 orientieren.

391 Wie national wollen wir auch international nachhaltige Landwirtschaft subventionieren  
392 und fördern. Importverbote von Nahrungsmitteln, die unter klimaschädlichen Bedin-  
393 gungen produziert werden, wollen wir in den 2020ern einführen.

394 Bis zum Jahr 2030 wollen wir erreichen, dass unsere Handelspolitik fair und nachhaltig  
395 ausgestaltet ist. Wir fordern, dass die EU ab dem Jahr 2030 nur noch Waren importiert,  
396 die unter fairen Bedingungen hergestellt sowie ökoeffizient bzw. im Sinne des Cradle-  
397 to-Cradle-Prinzips ökoeffektiv sind.